

1837

Zahlungsbilanzhilfe Bolivien

Aufgrund des Antrages des EVD vom - 4. Sep. 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Der Republik Bolivien wird als nichtrückzahlbarer Beitrag eine bilaterale Zahlungsbilanzhilfe von 10 Mio. Franken in Form einer Kofinanzierung eines Strukturangepassungskredites der Weltbank gewährt. Die vorliegenden Entwürfe der entsprechenden Abkommen mit der bolivianischen Regierung sowie mit der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) werden im Sinne von Verhandlungsinstruktionen gemäss den im Antrag ausgeführten Modalitäten genehmigt.
2. Sofern sich während der Verhandlungen Änderungen wesentlicher Einzelheiten der Abkommensentwürfe ergeben, werden die Abkommen dem Bundesrat erneut zur Genehmigung unterbreitet.
3. Der Beitrag geht zu Lasten des Rahmenkredits von 840 Mio. Franken für die Weiterführung der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen, einschliesslich Entschuldungsmassnahmen, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (BB vom 3.10.1990).
4. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird ermächtigt, die genannten Abkommen auszuhandeln.
5. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft oder die von ihm bestimmte diplomatische Vertretung der Schweiz wird ermächtigt, die genannten Abkommen zu unterzeichnen. Die Abkommen treten mit deren Unterzeichnung in Kraft.
6. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die entsprechenden Vollmachten auszustellen.
7. Die aus dieser Verpflichtung resultierenden Zahlungen werden der Rubrik 0703-3600.301 "Finanzhilfeschenkungen Entwicklungshilfe" belastet.

Protokollauszug an:

ohne / mit Beilage

Nr.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	8	-
		EDI		
	X	EJPD	5	-
		EMD		
	X	EFD	7	-
		EVD	6	-
		EVED		
	X	BK	4	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-

Für getreuen Protokollauszug:

Harold Muret





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
 DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

2310.1

Bern, 4. September 1991

An den Bundesrat

Zahlungsbilanzhilfe an Bolivien

1. Einführung

Mit diesem Antrag unterbreiten wir Ihnen eine Zahlungsbilanzhilfe von 10 Mio. Franken in Form eines nicht rückzahlbaren Beitrages an das von der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und anderen Gebern unterstützte wirtschaftliche Anpassungsprogramm der Republik Bolivien. Das vorgeschlagene Engagement entspricht den in der Botschaft des Bundesrates vom 21.2.1990 über die Weiterführung der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (BBl 1990 I 649) beschriebenen Richtlinien.

Bolivien ist eines der ärmsten Länder Lateinamerikas, mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 630 US Dollar, und zugleich hoch verschuldet. Die Schweiz hat sich bereits 1986 an einer internationalen Aktion zugunsten des wirtschaftlichen Wiederaufbaus dieses Schwerpunktlandes schweizerischer Entwicklungszusammenarbeit mit einer Zahlungsbilanzhilfe beteiligt. In der Folge hat unser Land zudem an zwei ebenfalls von der internationalen Gemeinschaft getragenen Entschuldungsaktionen teilgenommen.

2. Die wirtschaftliche und politische Situation

Als die demokratisch gewählte Regierung von Paz Estenssoro im August 1985 ihr Amt antrat, übernahm sie einen völlig aus dem Gleichgewicht geratenen Finanzhaushalt. Die Wirtschaftslage war durch Hyperinflation und rasch sinkende Devisenreserven gekennzeichnet. Wichtige Einfuhren konnten nicht mehr getätigt werden, und die Zahlungsrückstände gegenüber den ausländischen Gläubigern nahmen zu.

Die neue Regierung konnte dank eines raschen und entschlossenen Eingreifens in kurzer Zeit die Inflation zurückbinden, das aussenwirtschaftliche Gleichgewicht wiederherstellen und die Grundlagen für einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung schaffen. Der von der Regierung mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft eingerichtete "Fondo Social de Emergencia" trug dazu bei, die sozialen Auswirkungen des Wirtschaftsprogramms auf die ärmeren Bevölkerungsschichten zu lindern.

Anfang 1989 verschlechterte sich die Wirtschaftslage vorübergehend, da Unsicherheit herrschte über den Wirtschaftskurs nach den diesjährigen Wahlen; zudem blieben die Steuer- und die Exporteinnahmen unter den Erwartungen. Die im August 1989 eingesetzte neue Regierung Paz Zamora konnte jedoch das Vertrauen rasch wiederherstellen, indem sie sich für eine Fortsetzung der Stabilitätspolitik einsetzte. 1990 und 1991 wurden wichtige Strukturmassnahmen durchgeführt: So wurden Importzölle und Exportsubventionen

reduziert, die Mechanismen zur Kontrolle des Staatshaushalts verstärkt, das Umfeld für private Investitionen verbessert und die Massnahmen zur Linderung der Armut weiter ausgebaut.

3. Das von der internationalen Gemeinschaft unterstützte Anpassungsprogramm

Aufgrund der Reformbemühungen seit 1985 erhielt Bolivien wieder Zugang zum internationalen Finanzsystem. Die Weltbank beziehungsweise die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) sprachen mehrere Sektorkredite. Im Pariser Klub konnten seit 1986 mehrere Umschuldungen ausgehandelt werden, wobei 1990 erstmals einem nichtafrikanischen Land "Toronto"-Bedingungen¹ gewährt wurden. 1988 wurde Bolivien zur Erweiterten Struktur-anpassungsfazilität (ESAF) des Internationalen Währungsfonds zugelassen; die dritte Tranche dieser Fazilität wird 1991 zur Auszahlung gelangen.

Trotz der von den Regierungen Paz Estenssoro und Paz Zamora erzielten Erfolge in der Reform der bolivianischen Wirtschaftsstruktur bleiben gewichtige Probleme bestehen, zu deren Ueberwindung ausländische Unterstützung weiterhin nötig ist.

Das von der Regierung Zamora für die Periode 1991 bis 1993 aufgestellte Programm enthält Massnahmen zur Fortsetzung des Privatisierungsprogramms, zur Weiterführung der Fiskalreform, zur Leistungsverbesserung der Staatsbetriebe, zur Reform des Finanzsektors, zur Förderung des Gesundheits- und des Erziehungswesens sowie zum besseren Schutz der Umwelt (vgl. "policy matrix" im Anhang). Das Programm wird von der Weltbank/IDA und der Interamerikanischen Entwicklungsbank mit je 35 Mio. US-Dollar sowie von bilateralen Gebern (Deutschland und USA, mit noch zu bestimmenden Beträgen) unterstützt.

4. Die schweizerische Unterstützung

Die Schweiz hatte die ersten Reformbemühungen der Regierung Estenssoro mit einer bilateralen Zahlungsbilanzhilfe von 10 Mio. Franken unterstützt, die zur Finanzierung dringender Importe von Materialien und Ersatzteilen im Agrarbereich, im öffentlichen Transport- und Erziehungswesen sowie für die Lebensmittelproduktion eingesetzt wurde. Zudem beteiligte sich die Schweiz zwischen 1987 und 1989 mit insgesamt 38 Mio. Franken am "Fondo Social de Emergencia". Im Rahmen der internationalen Entschuldungsaktionen zugunsten Boliviens gewährte die Schweiz 1987 und 1988 Beiträge von 5 Mio. und 4,5 Mio. Franken. Im Rahmen der Verhandlungen im Pariser Klub schuldete die Schweiz folgende Beträge um: 30 Mio. Franken 1986, 13 Mio. Franken 1988 und 15,5 Mio. Franken 1989. Ferner konnte im Jahre 1987 ein Investitionsschutzabkommen abgeschlossen werden; es trat im Frühjahr 1991 in Kraft.

1. Toronto-Bedingungen: Im Rahmen des Pariser Klubs stehen den Gläubigern drei sich ungefähr entsprechende Um- bzw. Entschuldungsoptionen zur Auswahl, wobei de facto auf ein Drittel der Verpflichtungen verzichtet und der Rest langfristig umgeschuldet wird.

Im Sinne einer Weiterführung dieser Hilfe wird vorgeschlagen, dass die Schweiz sich am von der Weltbank und anderen Gebern unterstützten Reformprogramm der Regierung Zamora mit einer Kofinanzierung beteiligt. Die daraus entstehenden Gegenwertmittel in lokaler Währung werden teils in Projekten der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, teils in anderen Vorhaben im Rahmen des Strukturanpassungsprogramms Boliviens eingesetzt. Da die Reformen in Bolivien inzwischen so weit fortgeschritten sind, dass die Devisenzuteilung vom Markt geregelt wird, ist eine ungebundene Kofinanzierung ohne marktverzerrende Nebenwirkungen vorzuziehen.

Die Modalitäten der Kofinanzierung werden in einem Vertrag zwischen den Regierungen der Schweiz und Boliviens und in einem Briefwechsel zwischen der Schweiz und der IDA (gemäss Vereinbarung im Rahmen des schweizerischen Beitrages zu IDA-9) festgelegt. Ein Entwurf des Vertrages zwischen der Schweiz und Bolivien ist im Anhang enthalten.

Als wichtigste Risiken eines Engagements in Bolivien müssen bezeichnet werden (1) die politische Tragfähigkeit des Anpassungsprogrammes, angesichts der anfallenden sozialen Kosten; (2) die weiterhin hohe Aussenschuld des Landes (vgl. Beilagen 3 und 4); (3) die Abhängigkeit von einigen wenigen Exportgütern mit unsicheren Marktaussichten, und (4) die ungenügenden Sozialeinrichtungen und Infrastrukturanlagen.

5. Rechtliche Grundlagen

Den rechtlichen Rahmen für die vorgeschlagenen Beiträge bildet das Bundesgesetz vom 19. März 1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0). Gemäss Artikel 15, Absatz 1 der Verordnung vom 12. Dezember 1977 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.01) entscheidet der Bundesrat über Massnahmen, die den Betrag von 5 Mio. Franken übersteigen. Artikel 10 des Bundesgesetzes räumt dem Bundesrat die Kompetenz ein, internationale Abkommen im Bereich der Finanzhilfe abzuschliessen. Wir beantragen, die zur Abwicklung der vorgesehenen Zahlungsbilanzhilfe und des Beitrages zur Entschuldungsaktion notwendigen Abkommen mit deren Unterzeichnung in Kraft treten zu lassen.

Bei der Genehmigung der Abkommensentwürfe durch den Bundesrat handelt es sich um eine sogenannte Vorausgenehmigung (vgl. VPB [Verwaltungspraxis der Bundesbehörden] 51/IV Nr. 58, S. 380 f.).

6. Finanzierung

Die für diese Zahlungsbilanzhilfe vorgesehenen 10 Mio. Franken werden dem IV. Rahmenkredit von 840 Mio. Franken für die Weiterführung der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen, einschliesslich Entschuldungsmassnahmen, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (BB vom 3. Oktober 1990) belastet. Die entsprechenden Ausgaben sind im Budget 1991 unter der Rubrik 0703-3600.301 "Finanzhilfeschenkungen Entwicklungshilfe" vorgesehen.

7. Konsultationen

BK: einverstanden;
 EDA: einverstanden;
 EJPD: einverstanden;
 EFD: einverstanden.

8. Antrag

Aufgrund der vorangehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, dem beiliegenden Beschlussentwurf zuzustimmen.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Beilagen:

- 1: Beschlussdispositiv
- 2: Entwurf Abkommen ZBH II (Kofinanzierung)
- 3: Wirtschaftsdaten
- 4: External Financing Requirements
- 5: Massnahmenprogramm
- 6: Entwurf Pressemitteilung, deutsch und französisch
- 7: Basis-Dokumentation (beim BAWI verfügbar)

Zum Mitbericht an:

- BK
- EDA
- EJPD
- EFD

Protokollauszug an:

- BK (1)
- EVD (GS 1, BAWI 5)
- EDA (GS 1, PA II 1, FWD 1, DV 1, DEH 2)
- EJPD (GS 1, BJ 1)
- EFD (GS 1, EFV 1)

Seite 2

Präsident Bundesrat, 11.8.1991

Zahlungsbilanzhilfe Bolivien

Aufgrund des Antrages des EVD vom 4. September 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Der Republik Bolivien wird als nichtrückzahlbarer Beitrag eine bilaterale Zahlungsbilanzhilfe von 10 Mio. Franken in Form einer Kofinanzierung eines Strukturanpassungskredites der Weltbank gewährt. Die vorliegenden Entwürfe der entsprechenden Abkommen mit der bolivianischen Regierung sowie mit der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) werden im Sinne von Verhandlungsinstruktionen gemäss den im Antrag ausgeführten Modalitäten genehmigt.
2. Sofern sich während der Verhandlungen Änderungen wesentlicher Einzelheiten der Abkommensentwürfe ergeben, werden die Abkommen dem Bundesrat erneut zur Genehmigung unterbreitet.
3. Der Beitrag geht zu Lasten des Rahmenkredits von 840 Mio. Franken für die Weiterführung der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen, einschliesslich Entschuldungsmassnahmen, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (BB vom 3.10.1990).
4. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird ermächtigt, die genannten Abkommen auszuhandeln.
5. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft oder die von ihm bestimmte diplomatische Vertretung der Schweiz wird ermächtigt, die genannten Abkommen zu unterzeichnen. Die Abkommen treten mit deren Unterzeichnung in Kraft.
6. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die entsprechenden Vollmachten auszustellen.
7. Die aus dieser Verpflichtung resultierenden Zahlungen werden der Rubrik 0703-3600.301 "Finanzhilfeschenkungen Entwicklungshilfe" belastet.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Primer borrador (18.6.1991)

CONVENIO
ENTRE
EL GOBIERNO DE LA CONFEDERACION
SUIZA
Y
EL GOBIERNO DE LA REPUBLICA DE
BOLIVIA
SOBRE
UNA AYUDA A LA BALANZA DE PAGOS
DENTRO DEL MARCO DEL
PROGRAMA DE AJUSTE ESTRUCTURAL

El Gobierno de la Confederación Suiza y el Gobierno de la República de Bolivia, en el marco de las relaciones amistosas que existen entre los dos países y con miras a fortalecerlas, desearios de promover el desarrollo económico y social de la República de Bolivia, convienen lo siguiente:

Artículo primero

Definiciones

En el presente Convenio, siempre y cuando el contexto no lo indique diferentemente, los términos que a continuación se mencionan, tienen el siguiente significado:

- a) "Gobierno Suizo" significa el Gobierno de la Confederación Suiza;
- b) "Gobierno de Bolivia" significa el Gobierno de la República de Bolivia;
- c) "Contribución" significa la contribución otorgada por el Gobierno Suizo en concepto del presente Convenio;
- d) "Partes Contratantes" significa el Gobierno Suizo y el Gobierno de Bolivia;
- e) "Asociación" significa la Asociación Internacional de Fomento;
- f) "Programa" significa el Programa de Acción, Objetivos y Políticas, diseñado para alcanzar una recuperación económica general rápida, dentro del marco del Crédito de Ajuste Estructural de la Asociación en favor de la República de Bolivia;
- g) "Convenio de Crédito de Fomento" significa el Convenio de Crédito de Fomento entre la Asociación y la República de Bolivia, fechado el
- h) "Plan de Financiamiento 1" significa el Plan de Financiamiento 1 (Schedule 1) anexo al Convenio de Crédito de Fomento.

Artículo segundo

Objetivos del Programa

El objetivo del Programa es alcanzar una recuperación económica general rápida, y sentar las bases para un desarrollo económico sostenible.

Artículo tercero

Monto y Utilización de la Contribución

- 3.1. El Gobierno Suizo otorga al Gobierno de Bolivia una contribución no-reembolsable de Francos suizos 10'000'000.00 (Francos suizos diez millones), a fin de cofinanciar conjuntamente con la Asociación, el Programa de Recuperación Económica descrito en el Convenio de Crédito de Fomento entre la Asociación y el Gobierno de Bolivia, fechado el
- 3.2. La Contribución servirá para el financiamiento de los costos en moneda extranjera de la importación de bienes, incluido flete y otros servicios asociados con la provisión de tales bienes. El tipo elegible de importaciones se especifica en el Plan de Financiamiento 1 del Convenio de Crédito de Fomento. Además de lo estipulado en el Plan de Financiamiento 1 del Convenio de Crédito de Fomento, no será elegible para financiamiento con fondos de la Contribución la importación de bienes alimenticios. La importación de combustibles y derivados podrá ser financiada hasta un monto no mayor del 25 % del monto total de la Contribución.
- 3.3. La Contribución no puede ser utilizada, de ninguna manera, para pago de derechos de importación y toda clase de impuestos vigentes en la República de Bolivia.
- 3.4. La utilización de una parte no mayor del 15 por ciento de los fondos de contravalor recuperados de la Contribución podrá ser definida, de común acuerdo, mediante intercambio de notas entre las Partes Contratantes.

Artículo cuarto

Administración de la Contribución

De común acuerdo con el Gobierno de Bolivia, el Gobierno Suizo designa a la Asociación como administradora de la Contribución. Las obligaciones respectivas del Gobierno Suizo y de la Asociación están definidas en los Arreglos Procedurales entre el Gobierno Suizo y la Asociación para la Cooperación en el Cofinanciamiento de Proyectos o Programas Específicos de Desarrollo, fechado el, y en una Nota de Entendimiento que para fines del Programa intercambian la Asociación y el Gobierno Suizo.

Artículo quinto

Ejecución del Programa

En cuanto a la ejecución del Programa, y las obligaciones del Gobierno de Bolivia relativas al mismo, la Partes Contratantes se refieren, mutatis mutandis, a las disposiciones del Convenio de Crédito de Fomento.

Artículo sexto

Cuenta, y Procedimientos de Retiro y Desembolso

- 6.1. Al entrar en vigencia el presente Convenio, el Gobierno Suizo abrirá una cuenta a nombre del Gobierno de Bolivia, para fines del Programa. La Contribución será depositada en dicha cuenta, en montos acordes con las necesidades del Programa.
- 6.2. La Asociación estará autorizada para efectuar retiros de fondos de la cuenta en nombre del Gobierno de Bolivia, por intermedio del Banco Nacional Suizo en Zurich, a fin de cubrir todos los gastos permitidos para ser financiados con la Contribución, de conformidad con las disposiciones de la Nota de Entendimiento mencionada en el artículo cuarto del presente Convenio.
- 6.3. No se permitirán retiros de los fondos de la Contribución, que se refieren a desembolsos efectuados para gastos previos a la fecha de la firma del presente Convenio.
- 6.4. La fecha de cierre para los desembolsos de la Contribución está fijada al 31 de diciembre de 1992, u otra posterior establecida por la Asociación, previa consulta con el Gobierno Suizo.

Artículo séptimo

Consultas e Inspecciones

- 7.1. Las Partes Contratantes se comprometen a cooperar estrechamente con miras a asegurar el alcance de los objetivos del Programa. Las Partes Contratantes tomarán todas las medidas que juzguen necesarias para facilitar la ejecución del Programa.
- 7.2. En caso de necesidad y a pedido de cualquiera de las Partes Contratantes, éstas se informarán mutuamente e intercambiarán opiniones, a través de sus representantes, con respecto al cumplimiento de sus respectivas obligaciones dentro del presente Convenio, a la administración del Programa, y a las operaciones financiadas dentro del marco del Programa. Las Partes Contratantes se informarán mutuamente y sin demora, sobre cualquier obstáculo o impedimento surgido, o a punto de surgir, relativo al cumplimiento de los objetivos del Programa.
- 7.3. El Gobierno de Bolivia proporcionará al Gobierno Suizo, o a consultores independientes mandatados por el Gobierno Suizo, toda aquella información relevante que el Gobierno Suizo pueda razonablemente solicitar, respecto al Programa, y, donde se aplica, a los beneficios que resulten del mismo, y a los bienes financiados con fondos de la Contribución. En particular, al transmitir una solicitud de

retiro a la Asociación, el Gobierno de Bolivia autoriza a la Asociación de proveer el Gobierno Suizo con copia de tal solicitud de retiro, incluidos todos los documentos y comprobantes respectivos.

- 7.4. En nombre del Gobierno Suizo, la Asociación y/o consultores independientes mandatados por el Gobierno Suizo, están autorizados de inspeccionar todos los rubros financiados con fondos de la Contribución dentro del marco del Programa.
- 7.5. El Gobierno de Bolivia autoriza a la Asociación de informar al Gobierno Suizo sobre los resultados del Programa, incluida la remisión oportuna de sus informes de supervisión. La Asociación queda autorizada por el Gobierno de Bolivia de invitar al Gobierno Suizo de participar en cualquier misión de supervisión o de cierre.

Artículo octavo

Modificación

Toda modificación del presente Convenio se hará mediante el intercambio de notas entre las Partes Contratantes.

Artículo noveno

Terminación

- 9.1. En el caso de que una de las Partes Contratantes incurriera en el incumplimiento voluntarioso y persistente de cualquier compromiso u obligación, dentro del marco del presente Convenio o del Convenio de Crédito de Fomento, o de cualquier otro convenio de apoyo a la balanza de pagos entre las Partes Contratantes, la otra Parte podrá suspender la aplicación del Convenio. Si las causas de la suspensión persisten durante más de 90 (noventa) días, esta Parte podrá rescindir el presente Convenio.
- 9.2. El Gobierno de Bolivia podrá anular, mediante nota al Gobierno Suizo y a la Asociación, cualquier monto de la Contribución que el Gobierno de Bolivia no haya retirado.
- 9.3. El Gobierno Suizo podrá anular, previa consulta con el Gobierno de Bolivia y la Asociación, cualquier monto de la Contribución que no sea requerido para la implementación del Programa.

Artículo décimo

Entrada en vigencia

Este Convenio entrará en vigencia en la fecha de su firma por las Partes Contratantes.

Artículo onceavo

Autoridades responsables

Las autoridades responsables de la aplicación del presente Convenio son las siguientes:

- a) **Para el Gobierno Suizo**
Oficina Federal de Asuntos Económicos Externos
Palais Fédéral Est
CH-3003 B e r n a (Suiza)
Télex: 911 340 EDA CH
- b) **Para el Gobierno de Bolivia**
Ministerio de Planeamiento y Coordinación
Avenida Arce 2147
La Paz (Bolivia)
Télex: 3280 MINCORD BV

Firmado el la Ciudad de La Paz, a los _____ días del mes
de _____ de mil novecientos noventa y uno, en dos ejem-
plares originales en idioma español, igualmente válidos.

POR EL GOBIERNO DE LA
CONFEDERACION SUIZA

POR EL GOBIERNO DE LA
REPUBLICA DE BOLIVIA

Annex 3

Table 1. Bolivia: Selected Economic and Financial Indicators

	1988	1990		Projections			
		1989 (EBS/90/168)	Rev. Prog. 1/ Esc.	1991	1992	1993	
(Annual percent change, unless otherwise stated)							
Income and prices							
GDP at constant prices	3.0	2.7	3.0	2.7	3.5	4.2	4.2
GDP deflator	14.0	13.4	12.8	14.4	22.0	6.8	6.6
Consumer prices (end of period)	21.5	16.6	9.0	18.0	15.0	7.4	5.0
Consumer prices (period average)	16.0	15.2	14.6	17.1	22.8	7.6	6.2
External sector (in terms of U.S. dollars)							
Merchandise exports (f.o.b.)	4.6	33.4	2.1	11.7	5.4	6.2	9.2
Nongas exports	21.2	55.6	0.3	14.4	5.5	11.3	10.9
Merchandise imports (c.i.f.)	-0.2	13.6	6.3	6.3	9.6	8.3	8.4
Export volume	8.8	26.4	9.7	15.0	5.4	5.7	5.2
Import volume	-10.3	12.9	2.2	3.9	3.5	4.0	4.0
Terms of trade (deterioration -)	-13.6	4.9	-11.7	-5.0	-5.6	-3.5	-0.4
Real effective exchange rate (depreciation -)							
End of period	-0.6	-6.7	...	-13.3	3.7 2/
Period average	-7.5	-3.1	...	-16.0
Nonfinancial public sector 3/							
Revenue and grants	54.4	26.4	27.6	27.6	32.3	8.6	9.9
Total expenditure	36.6	17.9	17.7	18.2	28.5	8.6	9.7
Current expenditure	31.1	18.8	14.8	20.8	23.2	7.3	9.1
Capital expenditure	52.0	15.7	25.0	11.6	42.5	12.9	11.6
Money and credit 4/							
Net domestic assets	38.1	32.5	15.0	24.7	11.7	8.4	8.1
Of which: credit to nonfinancial public sector	28.3	33.3	4.6	7.4	-2.2	-1.3	-0.8
credit to private sector	23.5	22.2	20.4	29.2	17.8	12.7	9.1
Liabilities to private sector (M3)	35.0	19.6	25.0	35.9	19.6	12.9	10.5
Interest rates (percent per annum, end of period)							
Yield on CDs in local currency	25.8	45.9	...	49.7
Yield on CDs in U.S. dollars	15.5	18.6	...	17.0
Liabilities to private sector 5/							
Broad money 6/	25.4	-4.4	18.9	27.5	19.9	13.3	10.8
U.S.-dollar denominated deposits 5/	64.8	67.7	44.7	59.7	29.3	16.4	11.1
(In percent of GDP)							
Nonfinancial public sector savings 3/	1.6	3.0	5.4	4.3	6.0	6.2	6.3
Combined public sector deficit	-6.7	-5.4	...	-3.9	-3.2	-2.9	-2.5
Nonfinancial public sector deficit 3/	-6.5	-5.1	-3.2	-3.3	-2.6	-2.6	-2.5
External financing	4.5	2.1	3.1	2.4	3.5	2.8	2.7
Domestic financing	2.0	2.9	0.1	0.9	-0.9	-0.2	-0.2
Central bank losses (-)	-0.2	-0.4	...	-0.6	-0.6	-0.3	--
Gross domestic investment	12.1	11.3	14.1	11.4	13.3	14.0	15.1
Gross national savings	3.7	5.5	7.4	6.5	8.1	8.9	10.4
External current account deficit 7/	8.3	5.8	6.7	4.9	5.1	5.0	4.6
(Before official transfers)	11.1	8.7	9.8	8.0	8.3	8.4	8.0
Public sector external debt 8/	97.9	83.9	85.0	89.6	79.1	77.4	73.5
Debt service paid 9/	38.2	25.9	34.7	33.4	31.1	29.2	30.3
Banking system liabilities to private sector	16.2	18.5	21.6	23.5	23.5	24.0	24.0
(In millions of U.S. dollars)							
Change in net official reserves	-30	-140	79	99	75	50	30
Gross official reserves (months of imports, c.i.f.)	6.0	4.8	4.4	4.5	4.8	4.5	4.2
Public sector external debt (in billions of U.S. dollars)	4.33	3.77	3.78	4.01	3.99	4.14	4.28

Sources: Central Bank of Bolivia; Ministry of Finance; and Fund staff estimates.

1/ Program data have been adjusted for arrears to foreign creditors and debt agreement with Brazil in accordance with the Memorandum of Economic and Financial Policies dated October 11, 1989.

2/ Change over 12 months to March 1991.

3/ Gas export revenues and interest payments on a payments due basis.

4/ Changes in percent of liabilities to private sector at beginning of year, at accounting exchange rates.

5/ Foreign currency deposits valued at end-period exchange rates.

6/ Currency in circulation plus local currency deposits.

7/ Excludes grants to finance debt reduction.

8/ Medium- and long-term debt, includes obligations to the Fund and debt with public guarantee.

9/ On public sector external debt, including interest on short-term debt, in percent of exports of goods and nonfactor services; assumes rescheduling of official bilateral debt to fill financing gaps for 1992-93.

Beilage 4

Table 2. Bolivia: External Financing Requirements, 1989-93

(In millions of U.S. dollars)

	1989	Est. 1990	Projections		
			1991	1992	1993
<u>Total financing requirements</u>	<u>531.5</u>	<u>866.6</u>	<u>829.0</u>	<u>759.4</u>	<u>723.6</u>
Current account deficit excluding official transfers)	392.9	357.4	417.7	451.5	465.9
Public debt amortization due	186.9	234.3	246.7	257.9	227.7
Debt reduction <u>1/</u>	40.8	6.6	22.8	--	--
Net change in arrears <u>2/</u>	-7.4	140.9	1.8	--	--
IMF repurchases	6.2	39.6	46.0	37.7	29.6
Change in gross official reserves <u>3/</u>	-87.9	87.8	94.0	12.3	0.4
<u>Total identified financing</u>	<u>363.9</u>	<u>576.2</u>	<u>639.6</u>	<u>568.7</u>	<u>612.2</u>
Official grants <u>4/</u>	174.7	145.0	182.8	181.8	196.4
Long-term loan disbursements <u>5/</u>	334.3	314.1	276.2	291.9	312.3
Multilateral	242.6	227.3	222.6	238.1	256.9
Of which: World Bank/IDA	77.8	48.2	59.5	66.6	71.9
IDB	94.6	127.4	110.3	123.5	133.3
Bilateral	91.7	86.8	53.6	53.8	55.3
IMF <u>6/</u>	58.1	28.5	65.0	--	--
Overdue gas receipts	-85.1	-18.9	33.8	--	--
Other capital (net) <u>7/</u>	-118.1	107.5	81.8	95.0	103.5
<u>Debt relief</u>	<u>167.6</u>	<u>290.4</u>	<u>189.4</u>	<u>32.0</u>	<u>15.5</u>
<u>Financing gap</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>158.6</u>	<u>95.9</u>

Sources: Government of Bolivia; World Bank; and Fund staff estimates.

1/ Cash value of commercial bank debt reduction operations assuming an average of US\$0.11 per US\$1 of face value.

2/ Excludes arrears to foreign commercial banks and overdue gas receipts.

3/ Net of liabilities to the Andean Reserve Fund and other short-term liabilities.

4/ Includes donations for debt reduction.

5/ All disbursements are from official creditors.

6/ Disbursements are under the Enhanced Structural Adjustment Facility.

7/ Direct foreign investment, short-term capital, and errors and omissions.

Beilage 5

Bolivia: Summary and Timeframe for Macroeconomic and Structural Adjustment Policies, 1991-93

Policy Areas	Objectives	Strategies	Specific Measures	Timetable
1. Fiscal policy	Increase public savings to permit higher public investment while making possible a substantial reduction in Central Bank credit to the non-financial public sector.			
a. Revenue	Keep level of revenue consistent with public sector savings targets.	Maximize revenue potential of existing taxes by strengthening tax and customs administration.	<p>Implement tax code providing for adequate penalties for tax delinquency.</p> <p>Implement auditing program with quantitative targets including the monitoring tax payments of medium-sized and large taxpayers.</p> <p>Implement an information system for customs to strengthen monitoring of imports declarations and auditing of related tax payments.</p> <p>Adjustments as needed.</p>	<p>Starting in 1991.</p> <p>From January 1991 through end-1993.</p> <p>From January 1991 through mid-1992.</p> <p>1991-93.</p> <p>1991-93.</p>
		Maintain oil sector's contribution to domestic resource mobilization.		
		Maintain other public sector prices on an economic basis.	Revise price schedules as necessary.	1991-93.

Bolivia: Summary and Timeframe for Macroeconomic and Structural Adjustment Policies, 1991-93 (Continued)

Policy Areas	Objectives	Strategies	Specific Measures	Timetable
b. Expenditure	Keep level of expenditure consistent with the availability of domestic and foreign resources and with the need to reduce inflationary pressures.	<p>Prepare public sector management program, identifying "key positions" and establishing norms for determination of salary structure designed to attract and retain qualified staff. Make wage policy consistent with the rationalization of the civil service salary structure. Public sector wage awards to reflect productivity changes. Eliminate redundant civil service positions.</p> <p>Extend new uniform procedures for public sector accounting, budgeting and treasury/public credit to decentralized institutions and governments.</p> <p>Strengthen auditing and control functions for the Controller General's Office, enforce public accountability.</p> <p>Improve the Government's capacity to implement the investment program, and the quality of the public sector investment.</p>	<p>Establish timetable.</p> <p>Begin to implement timetable.</p> <p>Disseminate standards. Establish accounting systems. Implement auditing standards; train public servants in financial management and control.</p> <p>Improve the setting of investment priorities through further screening of the core program. Review 1991-93 Public Investment Program accordingly.</p> <p>Develop sectoral ministries' ability to formulate, implement and monitor investment programs. Strengthen the disbursement administration of foreign loans.</p> <p>Conduct regular meetings with donor representatives on the implementation of investment projects.</p>	<p>By December 1991.</p> <p>By December 1992.</p> <p>By December 1991.</p> <p>By December 1992.</p> <p>By December 1993.</p> <p>By December 1991.</p> <p>1991-93.</p> <p>Monthly during last 3 quarters of 1991. Occasionally during 1992-93.</p>

Bolivia: Summary and Timeframe for Macroeconomic and Structural Adjustment Policies, 1991-93 (Continued)

Policy Areas	Objectives	Strategies	Specific Measures	Timetable
2. Public enterprise reform	<p>Improve efficiency and financial performance of enterprises; increase their managerial autonomy and accountability; and mobilize additional financial and entrepreneurial resources.</p>	<p>Develop program to privatize or restructure public enterprises through leasing or management contracts, employee or public share issues and liquidation.</p>	<p>Issue a decree establishing the objectives and principles of the privatization program and the procedures to implement it, including a list of enterprises that will be offered for sale.</p> <p>Send to Congress legislation to allow the sale of public assets of the enterprises to be privatized.</p> <p>Complete valuation of a significant number of enterprises being readied for sale.</p> <p>The Government will offer for sale enterprises accounting for at least 10 percent of gross assets of public enterprises operating in competitive markets.</p> <p>Implementation of restructuring plan will continue with action plans and timetables for the remaining enterprises to be privatized.</p> <p>Signature of 12 such contracts.</p>	<p>By May 1991.</p> <p>By July 1991.</p> <p>By October 1991.</p> <p>By December 1991.</p> <p>1992 and 1993.</p> <p>During 1991.</p> <p>1991-93.</p>
		<p>Enter into performance contracts with larger enterprises remaining in the public sector to ensure that management and financial performance are monitored and improved.</p> <p>Allow the private sector to enter into joint ventures and leasing contracts with the Bolivian Mining Company and the Bolivian Petroleum Corporation.</p>		

Bolivia: Summary and Timeframe for Macroeconomic and Structural Adjustment Policies, 1991-93 (Continued)

Policy Areas	Objectives	Strategies	Specific Measures	Timetable
3. Financial sector policies	Improve the efficiency and viability of the financial system.	Maintain appropriate legislation and macroeconomic stability; continue to allocate credit through a competitive market and freely determined interest rates; maintain a strong supervision of financial sector intermediaries.	Send to Congress new central bank and commercial banking laws.	By July 1991.
			Issue decree to cease lending operations of the Agricultural Bank, Mining Bank, and National Mining Exploration Fund and to establish a plan for their liquidation. Issue decree to restrict significantly the functions of the Bolivian State Bank.	By July 1991.
			Continue implementing the liquidation of public sector banks or, in the case of the Bolivian Mining Bank, privatization	1992 and 1993.
	Improve the Central Bank's policy effectiveness and reduce its losses.		Increase interest on public sector loans. Withdraw from activities unrelated to primary central banking functions and tighten administrative expenditure.	Starting 1991.
			Restructure Financial System Department to strengthen its capacity to monitor developments in the financial system, assisting distressed financial institutions, and improving coordination with the Superintendency of Banks. Develop operations manuals in line with new organization.	March 1991-March 1992.
	Give qualified nonbank financial institutions access to central bank development credit to onlend to the private sector.		Improve CD auction procedures and foster a secondary market. Implement a system of liquidity forecasts.	By May 1991.
			Restructure Development Department to streamline procedures for extension of development credit and improve administration of auction system.	April 1991.

administration of auction system.

Bolivia: Summary and Timeframe for Macroeconomic and Structural Adjustment Policies, 1991-93 (Continued)

Policy Areas	Objectives	Strategies	Specific Measures	Timetable
4. External sector policies.	Make progress toward achieving balance of payments viability.	<p>Improve efficiency of contractual savings system and capital markets.</p> <p>Maintain a unified foreign exchange market with unrestricted access. Maintain a system free of restrictions on payments and transfers for current or capital international transactions.</p> <p>Promote growth of nontraditional exports and provide uniform treatment of exporters.</p> <p>Continue seeking to reduce burden of external debt and debt service.</p>	<p>Full review of the Social Security System.</p> <p>Implement a duty drawback scheme.</p> <p>Streamline export procedures.</p>	<p>Mid-1992.</p> <p>1991-93.</p> <p>1991-93.</p> <p>Starting in July 1991.</p> <p>1991-93.</p>

Bolivia: Summary and Timeframe for Macroeconomic and Structural Adjustment Policies, 1991-93 (Continued)

Policy Areas	Objectives	Strategies	Specific Measures	Timetable
a. Manufacturing	Promote private domestic and foreign involvement in manufacturing.	Restructure the National Export Promotion Institute to support export-oriented investment.	Reorganization underway.	Completion by December 1991.
b. Mining	Promote private domestic and foreign involvement in the mining sector.	Improve the operating efficiency of the Bolivian Mining Company; open up state mining reserves to private exploitation; promote joint ventures for domestic and foreign firms with the Company.	Replace the Bolivian Mining Company headquarters by a holding company mechanism. Closure of unprofitable mines. Operation of remaining mines, including the Bolivar mine, through joint ventures or leases with the private sector.	1991-93. 1991-93. 1991-93.
c. Energy	Encourage private investment in gas exploration and production. Increase production and exports of hydrocarbons and electricity, and encourage domestic consumption of natural gas to free petroleum products for export.	Avoid double taxation of foreign companies. Improve procedures for the Bolivian Petroleum Corporation to enter into joint ventures with private investors. Seek export markets for Bolivian hydrocarbons and electricity.	Sign operation agreements with foreign oil companies. Construction of a power plant on the border with Brazil and a related gas pipeline from the Santa Cruz gas field.	1991-93. Completion by 1993.
d. Transportation	Reduction of transport costs.	Improvement of railway operations in the export corridors; private involvement in the sector; road maintenance and expansion of network.	Construction of intra-city network of natural gas pipelines.	Completion by December 1992.

Bolivia: Summary and Timeframe for Macroeconomic and Structural Adjustment Policies, 1991-93 (Continued)

Policy Area	Objectives	Strategies	Specific Measures	Timetable
5. Agricultural policy	Promote growth of agricultural output for domestic and export markets, and improve farmers' productivity and income.	<p>Upgrade policy planning and monitoring capacity of the Ministry of Agriculture.</p> <p>Upgrade technical and management capabilities of the Bolivian Institute of Agricultural Technology.</p> <p>Develop alternatives to coca leaf cultivation.</p> <p>Promote private sector involvement in agriculture and ensure consistency of Government's agricultural policy with private sector production and investment plans.</p> <p>Improve legal framework of land tenure.</p>	<p>Implement a program, with external support, for reorganizing operations of the Ministry and regional development corporations.</p> <p>Design a strategic plan for the reorganization of the Institute.</p> <p>Implement Alternative Development Program.</p> <p>Establish the National Advisory Board on Agricultural Extension and Research with private participation.</p>	<p>Underway; to be finalized in 1991.</p> <p>Underway; to be finalized by September 1991.</p> <p>1991-93.</p> <p>By September 1991.</p>
6. Industrial and energy policies, and private investment.	Improve the economic environment for private investment, and facilitate market entry of new firms.	<p>Create appropriate legislation governing private investment, and activity in the mining and hydrocarbon sectors.</p>	<p>Clarify legal status of land holding. Streamline administration and approval of titles to land holdings.</p> <p>Implementation of the legislative framework.</p>	<p>By December 1991.</p> <p>1992 and 1993.</p>

Bolivia: Summary and Timeframe for Macroeconomic and Structural Adjustment Policies, 1991-93 (Concluded)

Policy Area	Objectives	Strategies	Specific Measures	Timetable
7. Social sectors and social impact	Promote development of human capital and alleviate poverty.	Establishment of the Social Investment Fund (SIF) in 1990 to alleviate poverty and increase investment in health and education.	Mobilize US\$40 million a year for SIF to increase the coverage and strengthen the qualities of services through financing investment in infrastructure and services in primary health care, water supply, basic sanitation facilities, nutrition, basic education and training.	Starting in 1991.
		Resources to be reallocated from higher education to basic levels, and from urban to rural areas; emphasis on the education of women.	Increase the share of primary education teaching materials in total primary education expenditures to 5 percent.	By December 1992.
	Improve efficiency of public expenditures to enhance primary education.		Implement decentralization plan for education. Reform teacher management system.	By December 1992.
	Improve the efficiency and increase the share of public expenditures in health care.	Reorganize the Ministry of Health.	Reorganization underway.	Completion by December 1991.
8. Environment	Develop national policy for sustainable development consistent with adequate pollution control and conservation of biodiversity.	Promote National Maternal and Child Survival program to reduce infant morbidity and mortality.	Gradually increase the share of current expenditures devoted to health sector.	1991-93.
		Increase the contracting out of basic health care services to nongovernmental organizations and local governments.	Gradually increase the share of health expenditures devoted to primary health.	1991-93.
			Gradually increase the share of personnel allocated to primary health care in major cities.	1991-93.
				1991-93.
				1991-93.
		Prepare guidelines and introduce legislation for the protection and rational use of natural resources.	By December 1991.	
		Strengthen institutions involved in enforcing environmental norms.	Starting in 1991.	
		Engage in debt-for-nature swaps.	Starting in 1991.	

Beilage 6-1*E n t w u r f***Pressemitteilung****Zahlungsbilanzhilfe zugunsten von Bolivien**

Der Bundesrat hat beschlossen, der Republik Bolivien eine Zahlungsbilanzhilfe von 10 Mio. Franken zu gewähren. Diese nichtrückzahlbare Soforthilfe erfolgt im Rahmen eines von der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und bilateralen Gebern unterstützten Strukturanpassungsprogramms. Sie soll es Bolivien erlauben, dringende Importe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu tätigen.

Bolivien, mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von etwa 630 US-Dollars eines der ärmsten Länder Lateinamerikas, befindet sich in grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und ist zudem hoch verschuldet. Die Schweiz hat sich bereits 1986 an einer internationalen Aktion zugunsten des wirtschaftlichen Wiederaufbaus dieses Schwerpunktlandes der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit mit einer Zahlungsbilanzhilfe und einem Beitrag an die sozialen Kosten des Wiederaufbauprogramms beteiligt. In der Folge hat unser Land an zwei ebenfalls von der internationalen Gemeinschaft getragenen Entschuldungsaktionen teilgenommen und verschiedene Umschuldungen vollzogen.

EIDGENOESSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
Presse- und Informationsdienst

Communiqué de presseAide à la balance des paiements en faveur de la Bolivie

Le Conseil fédéral a décidé d'accorder à la Bolivie une aide à la balance des paiements d'un montant de 10 millions de francs. Cette aide d'urgence non remboursable s'inscrit dans le cadre du programme d'ajustement structurel soutenu par la Banque mondiale, la Banque Interaméricaine de Développement et des bailleurs de fonds bilatéraux. Elle doit permettre à la Bolivie de financer des importations prioritaires pour sa reconstruction économique.

Avec un revenu annuel par habitant de l'ordre de 630 US dollars, la Bolivie compte parmi les pays les plus pauvres de l'Amérique latine. Elle fait face à de graves difficultés économiques en plus d'être lourdement endettée. Depuis 1986, la Suisse participe à l'action internationale en faveur de la reconstruction économique de ce pays, qui figure parmi les pays de concentration de la Coopération suisse au développement, par le biais d'une aide à la balance des paiements et une contribution aux coûts sociaux du programme de reconstruction. Par la suite, notre pays a participé à deux reprises à des actions de désendettement de la communauté internationale et effectué différentes conversions.

DEPARTEMENT FEDERAL DE L'ECONOMIE PUBLIQUE
Service de presse et d'information

Basisdokumentation

(beim BAWI/Entwicklungsdienst verfügbar)

- Report and Recommendation of the President of the International Development Association to the Executive Directors on a proposed Credit in the Amount of SDR _____ Million to the Republic of Bolivia for a Structural Adjustment Program. Draft, May 17, 1991
- Development Credit Agreement (Structural Adjustment Credit) between Republic of Bolivia and International Development Association. Draft, May 1991
- Bolivia: Policy Framework Paper, 1991-93. IBRD, June 7, 1991
- Bolivia, Staff Report for the 1991 Article IV Consultation and Request for Third Annual Arrangement Under the Enhanced Structural Adjustment Facility. IMF, June 10, 1991
- Bolivia: Second Public Financial Management Poeration. IDA, June 11, 1991
- Verhandlungen SAP Bolivien, Washington, 29./30. Mai 1991 (Bericht BAWI)

1. Die betroffenen Kreise werden durch das Bundesamt für Landwirtschaft
 direkt informiert.

Veröffentlichung:

Antizipiert: (Ziff. 2)

Für geordneten Prozessablauf:

Ordnung	Ordnung	Ordnung	Ordnung
1	SDR	5	-
2	EDU	2	-
3	EVO	2	-
4	EVS	2	-
5	EVC	2	-
6	EVE	2	-